

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtags
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, 9. November 2016

Entschließungsantrag

der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Stopp des Ausbaus der Autobahn A3

Der Landtag wolle beschließen:

Im Rahmen eines Gesprächs mit BürgermeisterIn hat die ASFINAG die Wiederaufnahme des Projekts „Verlängerung der Autobahn A3 bis zur ungarischen Grenze“ kundgetan. Es liegen zwar noch keinerlei konkrete Pläne vor, der Bau einer hochrangigen Straße wird aber einmal mehr als einzige Antwort auf ein vorliegendes Verkehrsproblem präsentiert. In Zeiten des wachsenden Bewusstseins für dringend nötige und umfassend wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz ist dies ein weiterer Schritt einer verfehlten Verkehrspolitik. Wirft man einen Blick auf die Fakten, dann wird deutlich, dass der Bau von Straßen Verkehr anzieht und nicht reduziert. Das heißt, dass die Verlängerung der A3 bis zur ungarischen Grenze zu einem wesentlich erhöhten Verkehrsaufkommen, vor allem im Schwerverkehr führen wird. Das bringt eine unzumutbare Lärmbelastung und Luftverschmutzung für die Anrainergemeinden. Zukunftstaugliche Verkehrspolitik muss vorrangig den Ausbau des öffentlichen Verkehrs vorantreiben und das Ziel haben, möglichst den PendlerInnen-Verkehr und den Güterverkehr von der Straße weg auf die Schiene zu bekommen. Dies entlastet die Straßen und trägt zur Erfüllung des Klimavertrages von Paris bei.

Da Autobahnen auf Durchzugsverkehr angelegt sind, stärkt deren Ausbau die Städte und dünnt die Regionen aus. Die Folge für die Anrainergemeinden sind erhöhte Luftverschmutzung und massive Lärmbelastung. Infolge der Lärmbelastung müssten zusätzlich zum Straßenbahn Lärmschutzmaßnahmen getroffen werden, die ein weiterer Einschnitt in die Landschaft sind und zusätzliche Kosten verursachen. Auch für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit brächten Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs wesentlich mehr als im Straßenbau.

Das Burgenland muss verhindern, zum Transitland zwischen Ungarn und Mittel- bzw. Westeuropa zu werden. Das verringert die Lebensqualität in den burgenländischen Gemeinden für die BewohnerInnen dieser Region.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, mit dem Ziel sämtliche Ausbaupläne der A3 Richtung Ungarn zu stoppen, sowie das Verkehrsprojekt grundsätzlich aus dem Bundesstraßengesetz zu streichen.